

Badischer Hof
abends 8 Uhr
von
culus
Menschheit
gramm:
on Orleans
decke.
ellungen fallen aus.

Militärverein
September
tags 5 Uhr
schen Hof
-Abend
n Kameraden mit
freundl. einladen.

Stolze-Schrey Calm.
Liebenzell
September, im Saale
in Neuhengstett

anz-
haltung
man freundlich ein-
Der Vorstand.
Beginn 3 Uhr.

gen.
September 1921
m „Dajen“
Schau.
mehrere Hundstunde.
n, süßen
ft
über die Straße.
zur „Jungfer“.
nen abgeholt werden.

verkaufen:
Bad Teinach
mit 6 Zimmer, Küche,
schöne, Pumphstation
erleuchtung, Telefon, etwa
gen (Tannenwald).
lichte Barzahlung.
sich an den Beauftragten
ad Teinach.
Besuch erwünscht.
ngen ins Ausland



Nr. 205. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.
Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.00 vierteljährlich. Postvergnagspreis M. 12.00 mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Reichsregierung, die Reichstagsparteien und Bayern.

Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags.

Berlin, 2. Sept. Heute beschäftigte sich der 8. Ausschuss des Reichstags, der sogenannte Ueberwachungsausschuss mit der Frage des Ausnahmezustands in Bayern. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Meerfeld (Soz.) wies darauf hin, daß der Ueberwachungsausschuss angerufen werden müsse, sobald mindestens 2 Mitglieder die Befugnis beantragen. Das sei durch die unabhängigen Abgeordneten Dittmann und Dr. Rosenfeld geschehen. Eingeladen seien der Reichskanzler, der Reichsminister der Justiz und der Reichsminister des Innern, die auch anwesend seien. Abgeordneter Dittmann (U.S.P.) begründete alsdann ausführlich seinen Antrag betreffend die Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern.

Der bayerische Gesandte gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Berlin, 2. Sept. Im Ueberwachungsausschuss des Reichstags führte der Abgeordnete Dittmann bei Begründung seines Antrags u. a. aus: Die Reichsregierung habe jetzt in der Not zu den von den Unabhängigen für sehr bedenklich gehaltenen Ausnahmeverordnungen greifen müssen. Aber man müsse darauf hinwirken, daß dieses Verbot möglichst schnell abgebaut werden könne und durch den allgemeinen Neuaufbau von Verwaltung und Justiz die Angriffe der Reaktion zunichte gemacht würden. Das allerwichtigste sei aber, daß der Ausnahmezustand in Bayern endlich falle. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung müsse jetzt die Reichsregierung unbedingt mittelst der Reichsregulativen gegen die Bayer-Regierung einschreiten, wenn Verhandlungen nicht zu einer Einigung führen sollten. Hierfür führte der bayerische Gesandte v. Preger aus, entweder glaube man, daß die Zustände in Bayern eine solche Festigung angenommen haben, daß man auf den Ausnahmezustand verzichten könne oder man sei der gegenteiligen Ansicht. Der letzteren Auffassung sei die bayerische Regierung und mit ihr der weitaus größere Teil des bayerischen Landtags. Durch die gegenwärtige politische Lage, hervorgerufen durch die verabschiedungswürdige Ermordung Erzbergers, habe die Reichsregierung sich veranlaßt gesehen, den Ausnahmezustand für das ganze Reich einzuführen. Selbst wenn die Reichsregierung der Aufhebung des 29. August es möglich sein sollte, allen Angriffen gegen die republikanisch-demokratische Staatsordnung von rechts oder links erfolgreich zu begegnen und daß deshalb die mehrfach weitergehenden bayerischen Bestimmungen nicht mehr erforderlich seien, so dürfe sie aus schwerwiegenden politischen Gründen nicht gegen den ausgesprochenen Willen der bayerischen Regierung zur Aufhebung der bayerischen Verordnungen schreiten. Der Reichsminister des Innern habe am 28. Juni erklärt, er würde es für unhaltbar halten, wenn von Reich wegen gegen den Einspruch großer Länder der Ausnahmezustand eingeführt oder aufgehoben würde. Er möchte wünschen, daß die Reichsregierung auch jetzt noch auf diesem Standpunkt stehe und sich nicht durch das Treiben gewisser Parteien verleiten lasse, die bayerische Regierung in eine Lage zu versetzen, in der diese genötigt wäre, gegen ihre bessere Ueberzeugung in einer für Bayern lebenswichtigen Frage sich einem parteipolitischen Machtspruch einer linksorientierten Reichsregierung zu fügen, oder es auf die berühmte Reichsregulation ankommen zu lassen. Ich spreche es offen als Vertreter der bayerischen Regierung aus, so schloß der bayerische Gesandte seine Ausführungen: Es war politisch unklug, die Verordnungen vom 29. August über den Kopf einer der hauptbeteiligten Landesregierungen hin zu erlassen. Es wäre der Gipfelpunkt der Lohheit, den Versuch zu machen, darüber hinaus die bayerische Verordnung über den Ausnahmezustand gegen den Willen der bayerischen Regierung aufzuheben. Nicht auf dem Wege des Diktats, sondern nur auf dem Wege des Handelns werde es möglich sein, die Gefahr schwerer innerer Konflikte in sich schliefende Frage in einer für beide Teile erträglichen Weise zu lösen. Hierfür nahm der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort. Er sprach die Hoffnung aus, daß es auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen gelingen werde, mit der bayerischen Regierung ein Einvernehmen zu erzielen, um sie zur Aufhebung des Befugniszustandes zu veranlassen. In der an die Rede des Reichskanzlers sich anschließenden Aussprache betonte Abgeordneter Raß als Vertreter der Deutschen Volkspartei, daß seine Partei sich auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung stelle, auch bereit sei, sie zu schützen und jede Heße gegen diese Verfassung bekämpfe. Für die Mehrheitssozialdemokraten sprach Abgeordneter Brauns, der sich dem Antrag Dittmann an-

schloß. Die bürgerlichen Parteien dagegen (Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten) brachten folgenden gemeinsamen Antrag ein: Die Reichsregierung wird ersucht, die Verhandlungen mit der bayerischen Regierung über die Aufhebung des Befugniszustandes in Bayern fortzusetzen und dem Reichstage baldigst Bericht zu erstatten. — Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Der Reichskanzler über die Haltung Bayerns.

Berlin, 2. Sept. Im Ueberwachungsausschuss des Reichstags führte Reichskanzler Dr. Wirth u. a. aus, es sei beschämend, wie in Deutschland selbst durch Blätter von Auf die deutsche Außenpolitik aus politischen Rücksichten sabotiert werde. Es sei unerfindlich, daß sich zu gewissen nationalistischen Veranstaltungen an führender Stelle hervorragende Persönlichkeiten hergeben, die doch früher auch große politische Verantwortlichkeiten selbst getragen hätten und imstande seien, die verderblichen Folgen ihres Tuns zu übersehen. Die Rede des bayerischen Gesandten habe eine gewisse Schärfe nicht vermissen lassen. Sei denn wirklich Berlin an allen Spannungen schuld, die sich dort in Bayern ergeben hätten. Was ihn selbst betreffe, so habe er sich stets ganz besonders bemüht, Bayern in jeder Hinsicht entgegenzukommen. Was die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustands betreffe, so hoffe er auf eine Verständigung mit der bayerischen Regierung. Er wünsche durchaus, Konflikte zu vermeiden, die sich aus einer Anwendung des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung durch den Reichspräsidenten über den Kopf der bayerischen Regierung hinweg ergeben könnten. Die Frage der Reichsregulativen wolle er nicht diskutieren. Sie bringe nur unnötige Schärfe in die Angelegenheit. Die Reichsregierung habe den Ausnahmezustand bisher nicht ohne Zustimmung der Länder aufgehoben, wie dies auch jüngst bei Preußen geschehen sei. Vor Erlass der neuen Verordnung sei allerdings bei Bayern nicht angefragt worden. Diese Eile sei mit Rücksicht auf die politische Hochspannung nötig gewesen. Vor allem gelte es, die Quellen der Verheerung zu stopfen. Leider sei in Bayern nicht alles geschehen, um in dieser Hinsicht die Spannungen auszugleichen. Von der großen Erregung, die durch das arbeitende Deutschland — auch durch das werktätige Volk — gehe, habe er sich in den letzten Tagen persönlich überzeugen können. Wenn diese Erregung nicht beseitigt werde, müsse es zu der Parole kommen: „Die Bürgertum, die Proletariat“. Die Reichsregierung werde einer solchen Parole nicht Folge leisten. Er wolle aufrichtige Verhandlungen versuchen, um jedem Konflikt zuvorzukommen, und er bitte hierbei den bayerischen Gesandten und die bayerische Regierung um Unterstützung.

Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern Bayerns.

Berlin, 3. Sept. Wie die Blätter mitteilen, fand gestern nachmittag in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth, dem bayerischen Gesandten v. Preger, dem bayerischen Staatssekretär Schreyer und dem Führer der bayerischen Demokraten über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern statt. Das Ergebnis der Besprechung wird der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses mitteilen. Die Blätter sind der Ansicht, daß die bayerische Regierung sich nicht auf einen absolut ablehnenden Standpunkt stellt und daß ein Konflikt zwischen dem Reich und Bayern vermieden werden dürfte.

Zur innerpolitischen Lage.

Admiral Scheer über den politischen Mord.

Berlin, 2. Sept. In der „Vossischen Zeitung“ schreibt Admiral Scheer in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Politischer Mord“ u. a.: Die Vergiftung der Volksstimmung, wie sie im Falle Erzbergers in die Erscheinung tritt, ist ein weitaus größeres Uebel, als die Verhinderung der weiteren politischen Betätigung eines Gegners, auch wenn man diesen für einen noch so großen Schädling halten sollte. Der politische Mord ist ein größeres Verbrechen als der feige hinterlistige Ueberfall auf eine Person aus Raublust und sonstigen Gefühlen. Nicht mit Gewalt kann im Innern Ordnung hergestellt werden, sondern nur durch die Macht der Ueberzeugung sollte ein Volk sein Staatswesen einrichten. Ich warne die Jugend Deutschlands, ihre Hoffnung auf Brutalität und Gewalt im Innern zu setzen, denn sonst treiben wir mit Sicherheit in den Abgrund, aus dem sich das Deutschland und die Nation nicht mehr herausarbeiten können. Deshalb ist es ganz gleichgültig, wie wir zu der Form der Verfassung in Deutschland stehen. Mit ihr muß jetzt gearbeitet werden und sie muß unparteilich vom ganzen Volk verteidigt werden. Dann wird es auch möglich sein, den Geist von 1914, den wir heute ruhig einen romantischen nennen können, zu einer wirklichen nationalen Einigkeit zu gestalten, die durchhaltend und kraftstärkend ist.

Die Auffassung der sächsischen Regierung.

Berlin, 3. Sept. Zu der Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zum Schutze der Republik hat die sächsische Regierung eine Erklärung erlassen, in der sie Unterstützung der sich daraus ergebenden Maßnahmen für Sachsen zusichert. In der Erklärung wird von der Beamenschaft verlangt, daß sie die sächsische Regierung in dem Bestreben, die republikanisch-demokratischen Einrichtungen zu schützen, unbedingt unterstützt und die aus diesem Grunde angeordneten Maßnahmen schnell und wirksam durchführt. Beamten und Angestellten, die das nicht wollen, wird nahegelegt, die daraus entstehenden Folgerungen zu ziehen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat die Polizeibehörden des Landes angewiesen, auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August bis auf weiteres alle Regimentsfeiern zu verbieten. Von diesem Verbot werden betroffen: ein Vortragsabend des Deutschen Offiziersbundes und der Regimentsstag der 177er, die beide am Samstag in Dresden stattfinden sollten. Auch ein Gartenfest des Bezirksvereins Groß-Dresden der deutschen Volkspartei wird nicht stattfinden, weil die Feste, die der Reichstagsabgeordnete Brüning halten wollte, von der Regierung verboten wurde.

Erlaubsnis des Tragens von Uniformen bei Leichenbegängnissen.

Berlin, 2. Sept. (Amtlich.) Bis zum Erlass der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Aug. 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Leichenbegängnissen von Kameraden erteilt.

Verbot von Sedansfeiern.

Berlin, 2. Sept. Verschiedene Gruppen der deutschnationalen Volkspartei in Groß-Berlin planten für den 1. und 2. September die Abhaltung von Sedansfeiern, die sämtlich mit Rücksicht darauf, daß sie den inneren Frieden des Staates gefährden können, vom Polizeipräsidenten verboten worden sind.

Irreführende Nachrichten über angebliche Begnadigungen von Kommunisten.

Berlin, 1. Sept. In der Presse sind wiederholt Nachrichten über Begnadigung der am mitteldeutschen Aufstand Beteiligten, durch die Sondergerichte verurteilten Personen verbreitet worden. Die Meldungen sind durchweg irreführend, insbesondere soweit zahlenmäßige Angaben über die Begnadigungsfälle gemacht worden sind. Der Reichspräsident ist bei den Gnadenverfahren in Uebereinstimmung mit den in der Reichstagsresolution über die Begnadigung ausgesprochenen Grundsätzen verfahren. Es hat insbesondere einer Nachprüfung der durch die Sondergerichte verhängten Zuchthausstrafen stattgefunden und hier hat die Gnadeninstanz in den geeigneten Fällen unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles in größerem Umfang Umwandlung der erteilten Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe, in einzelnen Fällen auch in Festungshaft eintreten lassen. Die Behauptung, daß Leute, die durch Gewalttate, Mordbrennerei oder andere gemeine Verbrechen an dem Aufstand beteiligt waren, begnadigt und aus der Haft entlassen worden seien, ist falsch. Der Reichsjustizminister wird bei der ersten Gelegenheit im Reichstag sich noch über die Handhabung des Begnadigungsrechtes äußern. Eine zahlenmäßige Uebersicht über das Ergebnis der Gnadenverfahren wird dem Reichstag schleunigst vorgelegt werden.

Berlin, 2. Sept. In der Deffentlichkeit wird auch die Nachricht verbreitet, daß Höß begnadigt worden sei oder werden soll. Eine solche Maßnahme ist niemals in Erwägung gezogen worden.

Französische Pressestimmen zur innerpolitischen Lage Deutschlands.

Paris, 2. Sept. „Petit Parisien“ schreibt unter der Ueberschrift: Das republikanische Deutschland: Gewiß ist die Gefahr eines reaktionären Staatsstreichs noch nicht beseitigt, aber solange die Alliierten sich am Rhein befinden, wird das Abenteuer so riskant sein, daß die militärischen Führer es sich zweimal überlegen werden. Die Bourgeoisie in Deutschland weiß recht gut, daß das Kaiserreich der Krieg und die Republik der Frieden ist. Wenn die deutschen Sozialdemokraten klug genug sind, die bäuerliche Bevölkerung und die Bourgeoisie nicht durch Gewalttaten zu erschrecken, dann kann man zu hoffen beginnen, daß die Herrschaft der Hohenzollern endgültig erledigt ist. — „Petit Journal“ schreibt: In ganz Deutschland hat sich das Volk infolge der Ermordung Erzbergers gegen die Junker und die Militaristen erhoben. Das Kabinett hat einen guten Willen gezeigt, den zu übersehen, schlechte Politik wäre. Die Worte, die Dr. Wirth am Grabe Erzbergers gesprochen hat, war man sonst von Deutschland nicht gewöhnt zu hören. — „Populaire“ schreibt: Die deutschen Arbeiter sollen wissen, daß ihre Kameraden in Frankreich mit ihnen einig sind im Kampfe gegen die Reaktion.

Besprechung über die Umbildung der preußischen Regierung.

Berlin, 3. Sept. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hatte der preußische Landtagspräsident Feinert gestern Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten Eberstadt über die Frage der Umbildung der preußischen Regierung. Auch nahm er — allerdings noch völlig unverbindlich — mit den verschiedenen Parteien in dieser Angelegenheit Fühlung.

Antimonarchistische Kundgebungen in Kiel.

Kiel, 2. Sept. Ein mehrere hundert Mann starker Trupp durchzog heute nachmittag die Stadt und zerstörte ungehindert die noch an Geschäften befindlichen Hoflieferantenschilder. Auch wurde eine schwarz-weiß-rote Fahne von einem Balkon heruntergerissen und verbrannt.

Kundgebungen in Heidelberg.

Heidelberg, 2. Sept. Bei den gestrigen Kundgebungen kam es zu einigen Zwischenfällen. Vor dem Gefängnis, das zur Zeit keine politischen Gefangenen, aber Schwerverbrecher, wie Siefert, Heberberg, verlangte die Menge die Freilassung der Gefangenen. Starke Sicherheitspolizeiposten hielten die Tore besetzt. Die Arbeiterführer beruhigten die Menge. Ihrem Eingreifen verdankt auch die Badische Presse, in deren Gebäude die Demonstranten eindringen wollten, daß lediglich die Torwache eingedrückt wurde. Während des Demonstrationszuges am späten Abend schlugen junge Burschen mit Stangen Ladenschilder besonders Hoflieferantenschilder herab.

Die Verfolgung der Mörder Erzbergers.

(S. 2.) Tübingen, 2. Sept. Die Verhaftung eines Studenten der hiesigen Universität in der Mordsache Erzberger beschäftigt sich nicht. Der junge Mann wurde nur verhört und konnte nicht in Haft gehalten werden.

Offenburg, 2. Sept. Die Staatsanwaltschaft Offenburg gibt bekannt: Ueber die Mörder Erzbergers ist festgestellt, daß sie vom 21. August bis zum Mordtage (26. August) im Gasthaus zum Hirschen in Oppenau unter dem offenbar falschen Namen Franz Riese stud. jur. aus Düsseldorf und Knut Berger stud. phil. aus Jena logiert haben und am 26. August mit dem um 6.45 Uhr abends von Oppenau abgehenden Zuge mit einer Fahrkarte 4. Klasse nach Offenburg abgereist sind.

Berlin, 2. Sept. In Sachen des an dem Reichsminister a. D. Erzberger verübten Mordes hat das Amtsgericht Oberkirch in Baden auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Offenburg Haftbefehl gegen Oltwig v. Hirschfeld erlassen. Zugleich hat das Amtsgericht Oberkirch das Berliner Polizeipräsidium ersucht den hier in Haft befindlichen v. Hirschfeld dem Amtsgerichtsgefängnis in Oberkirch zuzuführen. Diesem Ersuchen ist am gestrigen Abend entsprochen worden.

Zeitungsverbote.

Berlin, 3. Sept. Zur Aufhebung des Verbots des „Berliner Lokalanzeigers“ teilt das Blatt mit, daß es sofort wegen dieses Verbots Vorstellungen erhoben und insbesondere darauf hingewiesen habe, daß es ihm fern lag, sich mit dem Inhalt des beanstandeten Münchener Privattelegramms zu identifizieren. Zudem habe der „Miesbacher Anzeiger“ in dem Leitartikel der Donnerstag-Abend-Ausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ eine Charakterisierung gefunden, nach dem unmöglich angenommen werden könne, daß die Redaktion des „Lokalanzeigers“ bei Wiedergabe der Münchener Meldung von einer gehässigen Absicht geleitet worden sei. In Würdigung dieses Tatbestands habe der Reichsminister des Innern seine Verfügung zurückgenommen.

Halle, 3. Sept. Die „Halle'sche Zeitung“ wurde gestern nachmittag für die Dauer von vierzehn Tagen verboten, da sie einen Auszug eines Artikels aus dem „Miesbacher Anzeiger“ gebracht hatte.

München, 2. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Nachricht, daß der „Miesbacher Anzeiger“ auch heute noch ungehindert erschienen und mit Lastautos verbreitet wurde, unrichtig sei. Der „Miesbacher Anzeiger“ ist heute vormittag nicht mehr erschienen. Er ist sofort beschlagnahmt worden, nachdem das Verbot ausgesprochen worden war. Der vorhandene Satz wurde vernichtet. Die Druckerei wird überwacht.

Berlin, 3. Sept. Blättermeldungen aus München zufolge ist gegen den „Miesbacher Anzeiger“ wegen des am Donnerstag von ihm veröffentlichten Artikels ein Verfahren wegen groben Unfugs eingeleitet worden.

Berlin, 2. Sept. Einem Vertreter des „Tageblatts“ gegenüber äußerte sich der Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, über das Verbot des „Miesbacher Anzeigers“. Der „Miesbacher Anzeiger“ habe nach dem 29. August bereits von neuem die Reichsregierung und die Staatsform in einer Weise angegriffen, die jede Diskussion ausschliesse. Der Minister habe infolgedessen die bayerische Regierung davon benachrichtigt, daß der „Miesbacher Anzeiger“ unter allen Umständen zu verbieten sei und zwar sowohl wegen seines aufreizenden Charakters nach Auffassung der Reichsregierung als auch wegen des nach dem Erlaß der Verfügungen erschienenen Artikels, der die Verhinderung dieses Charakters nachdrücklich bezeugte.

Berlin, 2. Sept. Der Vorstand des Bezirksverbands Berlin im Reichsverband der deutschen Presse wendet sich in einer einstimmig gefaßten Entschliessung gegen das Verbot von Zeitungen auf Grund der allgemeinen Tendenz, die sie vor Inkrafttreten der Verordnung des Reichspräsidenten betätigten, ebenso gegen das Verbot des „Berliner Lokalanzeigers“ und des „Tag“ wegen Wiedergabe einer Auslassung eines verbotenen Blattes. Gleichzeitig fordert der Vorstand alle Angehörigen des Reichsverbands der deutschen Presse auf, bei Ausübung ihres hohen Amtes strengste Selbstzucht zu üben und stets eingedenk zu sein, was sie der Öffentlichkeit, dem Ansehen der Presse und der Ehre ihrer im anderen Lager für ihre Ueberzeugung kämpfenden Kollegen schuldig sind.

Zur auswärtigen Lage.

England und die oberschlesische Frage.

London, 1. Sept. In einer Rede über die Reichskonferenz bei der Anknüpfung in Kapstadt erklärte General Smuts, die oberschlesische Frage sei so wichtig, daß der unmittelbare Frieden der Welt ebenso eng mit dieser Frage zusammenhänge, wie 1914 mit der Belgischen. Die Dominions hätten England bis zum

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Fortschreibung der Bevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung vom 1. Juni bis 31. August 1921.

Die Herren Ortsvorsteher werden an die Erledigung des oberamtlichen Erlasses vom 13. September 1919 betr. Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung erinnert. Eingelommene Lebensmittellabmedescheine und ausgestellte Zählkarten sind bis spätestens 5. September 1921 dem Oberamt einzusenden.

Anbedingte Einhaltung des Termins ist erforderlich.

Calw, den 31. August 1921.

Oberamt: Bögel, Amtmann A. B.

äußersten den Rücken gestärkt, um zu verhindern, daß die oberschlesische Frage Frankreich und Deutschland in den neuen Krieg hineingieße. Jetzt wisse Europa, daß es nicht nur mit Großbritannien, sondern mit dem Britischen Reich es zu tun habe. (Großer Beifall.) Smuts ist der Führer der südafrikanischen Kolonien Englands.

Der österreich-ungarische Konflikt.

Wien, 2. Sept. Der magyarische Widerstand hat sich längs der steirisch-westungarischen Grenze verstärkt. Jennersdorf, die Höhen östlich von Fürstfeld und die Kaltenbrunner Brücke sind von Banden und Maschinengewehrabteilungen besetzt.

Wien, 2. Sept. Die „Politische Korrespondenz“ meldet, daß aus der gestrigen Erklärung der Regierung im Ausschuss für Auswärtiges hervorgehe, daß die diplomatische Aktion der österreichischen Regierung sich auf einen Schritt bei den drei Hauptmächten beschränken werde.

Wien, 1. Sept. Die österreichische Regierung hat, um den bisher besetzten Teil Westungarns für alle Fälle halten zu können, Reichswehr zur Verstärkung der Gendarmenriege entsandt. Die ungarischen Aufständischen werden, wie man vernimmt, Dedenburg nicht freiwillig räumen, möglicherweise sogar im südlichen Burgenland offensiv gegen die steirische Grenze vorgehen.

Die Schwierigkeiten der „Abrüstungs“-Frage.

Genf, 2. Sept. Die gemischte Kommission für Abrüstungsbeschränkungen eröffnete heute ihre zweite Tagung. In Vertretung Belgiens (Frankreich) führte Schanzer (Italien) den Vorsitz. Von Interesse war der Bericht der zweiten Unterkommission. Er enthält die Antworten, die auf die Anforderungen der Versammlung des letzten Jahres betreffend Beschränkung der Ausgaben für Abrüstungszwecke eingelaufen sind. 27 Regierungen haben geantwortet, 15 nahmen die Aufforderung an, einige ohne Einschränkung, andere mit den Vorbehalten, die in der Motion selbst vorgesehen waren, oder unter der Bedingung, daß auch andere Staaten die Aufforderung annehmen. Für zwei Staaten ist die Frage durch den Friedensvertrag gelöst. Drei Staaten geben sehr unklare Antworten und sieben scheinen nicht geneigt, sich der Aufforderung zu unterziehen, zum Teil weil nach ihrer Ansicht das Budget keinen Anhaltspunkt über den militärischen Stand des Landes geben könne, andere im Hinblick auf ihre geographische und politische Lage. Ein Staat weist auf die unsichere internationale Lage hin. Betrachtet man nur die europäischen Völkerbundsmittglieder, so ergibt sich folgendes Bild: für 2 Staaten haben Friedensverträge die militärische Lage gelöst, 7 nehmen die Aufforderung der Versammlung mit mehr oder weniger Vorbehalten an, 6 lehnen sie ab. Der Bericht der Kommission stellt fest, daß diese Umfrage keine sehr schlüssigen Ergebnisse gebracht hat. — Die Kommission trat dann in die Beratung des Antrags Bourgeois betreffend Abänderung der Artikel 8 und 9 ein. Sie wird gemeinsam mit dem Ausschuss für Abänderung des Patets und der ständigen beratenden Abrüstungskommission die Frage prüfen.

Harding verzweifelt an der Abschaffung des Krieges.

Paris, 2. Sept. Nach einer Blätter-Meldung aus Washington erklärte Präsident Harding bei einer Rede an die Offiziere der Militärschule, daß die Hoffnung, Kriege völlig abzuschaffen, vollständig nichtig sei. Eine Politik der Entspannung würde das Ergebnis haben, zahlreiche Gefahren nach innen und außen zu vermeiden.

Troški begibt sich an die rumänische Front.

Paris, 2. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Warschau telegraphiert man aus Moskau, daß sich Troški an die rumänische Front begeben hat.

Die irische Frage.

London, 2. Sept. (Reuters.) Lloyd George hat die irische Antwort, die gestern in Carlow (Schottland) übergeben wurde, den Ministern zur Kenntnisnahme nach London überzandt. Im Hinblick auf den Ernst der Frage wird Lloyd George eine Kabinetsitzung auf nächsten Mittwoch nach Inverness einberufen. Lloyd George wird dem König, der sich in der Nähe von Inverness aufhält, einen Besuch abstatten.

London, 2. Sept. In Belfast herrschte heute Ruhe. Die gestrige Verlustliste weist 8 Tote und 60 Verletzte auf.

Der griechisch-türkische Krieg.

Paris, 2. Sept. Havas meldet aus Konstantinopel, der temalische Heeresbericht besage, daß die Schlacht östlich von Kangerios nach mehrtägiger Dauer mit einem glänzenden Sieg der Türken geendigt habe. Die Türken bereiteten sich zur Verfolgung vor. Die Verluste der Griechen seien riesig. — Den Nachrichten der letzten Zeit zufolge scheinen beide Parteien zu siegen.

Neue Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Paris, 1. Sept. Nach einer Radiomeldung aus Madrid telegraphierte der spanische Oberkommissar in Marokko, daß die spanische Stellung von Melilla den ganzen Tag ununterbrochen angegriffen

Vom Aufstand in Indien.

London, 2. Sept. „Daily Telegraph“ meldet aus Calicut, daß der Aufstand der Moplahs nach schweren Verlusten der Moplahs so gut wie unterdrückt worden sei. Im Pandschab sei eine Verschwörung unter den Alai-Sikhs zum Sturz der Regierung und der Ermordung der britischen und indischen Beamten entdeckt worden. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt.

Ausland.

Rücktritt des französischen Finanzministers?

Paris, 2. Sept. Wie Marcel Hutin im „Echo de Paris“ mitteilt, ist es leicht möglich, daß Finanzminister Doumer im Verlauf des heutigen Ministerrats zurücktritt. Er wird durch Loucheur ersetzt werden. An seiner Stelle soll ein Senator Wiederaufbauminister werden.

Deutsche Einfuhr nach England im Juli.

London, 1. Sept. Die Einfuhr aus Deutschland nach dem Vereinigten Königreich zeigt für den Monat Juli eine Zunahme von fast 83 000 Pfund Sterling gegenüber dem Vormonat. Der Wert der Kohleneinfuhr betrug 19 560 Pfund Sterling, d. h. gegen den Juli ein Mehr von 8105 Pfund Sterling.

Ein neues amerikanisches Großkampfschiff.

London, 2. Sept. Aus New York wird vom 1. September gemeldet, daß der Dreadnought „Washington“ in Canton (New Jersey) vom Stapel gelassen ist. Das Schiff verdrängt 33 590 Tonnen, wird elektrisch betrieben und seine Besatzung beträgt 1411 Offiziere und Mannschaften. — Das heißt die Amerikaner drängen.

Deutschland.

Besuch des Reichskanzlers beim Abgeordneten Dietz.

Nadolszell, 2. Sept. Der Reichskanzler besuchte gestern in Nadolszell am Bodensee den Abgeordneten Dietz, der bei der Amentat auf den Abgeordneten Erzberger einen Schuß durch den Oberarm und die Lunge erhalten hat. Das Befinden des Abg. Dietz ist den Umständen nach befriedigend. Er ist außer Lebensgefahr.

Vom 3. Parteitag der Deutschnationalen in München.

München, 2. Sept. Der dritte Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei wurde gestern vormittag unter Teilnahme von 4000 Personen eröffnet. Erschienen waren auch Vertreter der Bruderparteien Deutsch-Österreich, Tirols und der Tschechoslowakei, sowie Abgeordnete aus Danzig und dem Saargebiet. Der Vorsitzende, früherer preußischer Finanzminister Herget, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schweren Kämpfe hin, die die Partei gegenwärtig zu bestehen habe. Die Partei werde den Kampf mit allen geschäftlichen und parlamentarischen Mitteln durchzuführen, aber nicht nur in der Defensive. Oberst v. Kynander, Vorsitzender der Münchener Ortsgruppe, war in voller Uniform erschienen. Er betonte, daß die Bayern unentwegt treu zum kaiserlichen Stammen Königshaus ständen und zum Reichsmarschall'scher Schöpfung.

Generalfeldmarschall von Bülow.

Berlin, 31. Aug. Generalfeldmarschall Karl v. Bülow ist heute früh sanft eingeschlafen.

Nederverbot für Reichsminister a. D. David im französisch-besetzten Gebiet.

Mainz, 31. Aug. Minister a. D. Dr. David war als Redner für eine Demonstration der Sozialdemokratischen Partei in Mainz anlässlich des gewaltigen Todes Erzbergers vorgesehen. Die französische Besatzungsbehörde hat die Zulassung Dr. Davids als Redner verweigert.

Aufhebung der Zuckerwirtschaft für die neue Ernte.

Berlin, 1. Sept. Die Pressestelle des Reichsernährungsministeriums teilt mit: Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt die erwartete Aufhebung der Zucker-Zwangswirtschaft für Zucker der neuen Ernte. Für Zucker alter Ernte (1920) bleiben noch einige Vorrichtungen der Zuckerverordnung als Uebergangsbestimmungen bestehen. Wesentlich wird die Uebernahme der am 30. September 1921 in den Zuckerfabriken noch vorhandenen Bestände an Rohzucker und Zwischenerzeugnissen von der früheren Ernte geregelt. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Zuckerwirtschaft werden auch die Verordnungen über Runkelrüben zum 1. Oktober 1921 und die Verordnungen über den Verkehr mit Süßholzwurzel zum 15. Oktober 1921 aufgehoben. Die Reichszuckerstelle, die Landesvermittlungsstellen und die Zuckerzuteilungsstelle für das Süßholzfertigergewerbe in Würzburg bleiben bis zur Umwidmung ihrer Geschäfte noch bestehen. Die Einfuhr und Ausfuhr von Zucker bleibt verboten.

Aufhebung eines Spielklubs in Baden-Baden.

Berlin, 2. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Baden-Baden meldet, wurde einer der während der Rennwoche dort gegründeten Spielklubs polizeilich aufgehoben. Karten und Geld wurden beschlagnahmt. Die Klubmitglieder wurden verhaftet, darunter mehrere bekannte Berliner Spielhöllebesitzer. Ein Holländer und ein Franzose wurden nur gegen Hinterlegung von 25 000 Mark Kaution aus der Haft entlassen.

Typhus- und Ruhrerkrankung in München-Gladbach.

Berlin, 3. Sept. Aus München-Gladbach meldet das „Berliner Tageblatt“, daß dort Typhus und Ruhr herrschen. 67 Ruhr- und 52 Typhusfälle sind bereits vorgekommen, 4 mit tödlichem Ausgang. Im ganzen Landkreis kamen 11 Todesfälle vor. Auch aus dem Kreise Greding wird das Ausbreiten der Ruhr mit mehreren Todesfällen gemeldet.

Ein Massenmörder.

Berlin, 2. Sept. Der Massenmörder Großmann wird nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ nicht nur beschuldigt, an etwa 60 Frauen und Kindern sadistische und unzüchtige Handlungen vorgenommen und eine größere Anzahl Frauen ermordet zu haben — schätzungsweise mindestens 12 bis 15 — sondern auch einen Teil der von ihm ermordeten Frauen nach der Zerstückelung zum menschlichen Genuß zubereitet zu haben. Er soll Leichenteile von den Knochen gelöst und teils als Kalbfleisch abgegeben, teils das abgeschälte Fleisch gepökelt, teils das Fleisch als Bodenkaffee verarbeitet und in der Nähe des Schiefischen Bahnhofs verkauft haben.

(Am Donner...
eine öffentliche...
Stadtvorstand...
begreift der Vor...
recht, den...
gierat Wagner...
der wärmtg. Z...
der Schulräum...
rend des Wint...
gere Behandlun...
des Gemeindev...
seder Art in hie...
hemäet. Die z...
wendigen 3 Vert...
ben. Kosten: zu...
um die Gemein...
galt nicht geg...
Gesuch um Bew...
widr willfahre...
Staatszuschuß...
gegenseitiges...
und Wasser gere...
Hausbesitzer...
durch den Ban...
Nach Fertigstell...
über; der Zug...
Gemeinderats...
einmal auf das...
gehende bespro...
Bauspülzei bes...
Besprechung w...
Zusa...
des wir...
Z. Am letzte...
würtembergl...
Calw eine la...
Kameraden hat...
Befähigung de...
Mittagessen un...
den die Kamera...
waldstädten...
Die...
Der würt...
lungen zwisch...
gewerkschaft...
werkschaftsbun...
Geflüge...
Von der leg...
la. Mai...
zum Preis von...
Dasjebe wird...
1-4 Uhr in der...
Prim...
im Auscha...
Fr...
Frühe...
Biel...
Wir hab...
8 Uhr ab in...
Gasth...
einen sehr g...
gutgew...
zu...
zum Verkan...
licht einlade...
Berthold...

Lichtspieltheater Badischer Hof
 Heute abend 8 Uhr
Homunculus
 II. Teil.

Bei günstiger Witterung
 Sonntag von 11—12 Uhr
Stadtgarten-Konzert.

Club „Amicitia“ Liebenzell
 hält am Sonntag, den 4. September, im Saale
 des Gasthofs zum „Röble“ in Neuhengstett
 eine große
**Tanz-
 Unterhaltung**
 ab, wozu jedermann freundlichst ein-
 geladen wird.
 la Streichmusik. Der Vorstand.
 Beginn 8 Uhr.

Herbst-Anfänger-
 Tanzkurs.
 In nächster Zeit beginnt wieder ein
Tanzkurs
 im Gasthof zum „Badischen Hof“.
 Gest. Anmeldungen nimmt entgegen
 Tanzlehrer Giacomino,
 Lederstraße 176.

Gedenket der Not in Oberschlesien!

Deutscher Textilarbeiter-Verband
 Ortsverwaltung Calw.
 Am Sonntag, den 4. September, nachmittags
 4 1/2 Uhr, findet im Saale der Brauerei Preß die
halbjährliche Generalversammlung
 statt.
 Tagesordnung:
 1. Unsere Lohnbewegung.
 2. Bericht über die Verbandsgeneralversammlung
 in Breslau.
 3. Geschäfts- und Kassenbericht.
 4. Verschiedenes.
 In dieser wichtigen Versammlung ist das Erscheinen
 sämtlicher Mitglieder aus allen Betrieben dringend er-
 forderlich.
 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 4. September, veranstaltet der
Kleintierzuchtverein Salmbach eine
Lokal-Ausstellung
 im Gasthaus z. „Linde“ in Salmbach
 verbunden mit
**Prämierung, Kaninchen- u. Geflügel-
 markt. Verkauf und Tanz.**
 Zum Verkauf werden nur erstkl. Tiere angeboten.
 In recht zahlreichem Besuch ladet Freunde und
 Gönner unserer Sache herzlich ein der Vorstand.

Herzliche Einladung
 zum
Jahres-Fest
 des Jugendbunds
Breitenberg-Oberkollwangen
 Sonntag, 4. September nachm. 2 Uhr
 im Garten von Jakob Braun.
 Jedermann ist herzlich eingeladen.
 Die Jugendbündelung.

Steppdecken
 (Neuanfertigung u. Aufarbeiten)
Karl Strohmaier, Kirsau
 Polster- u. Dekorationsgeschäft Pletschenau.

Stadt Korten.
 Heute früh wurde uns
 ein geundes
Töchterchen
 geboren.
 Calw, 3. Sept. 1921.
 Amtmann Bögel
 und Frau.

Für Hochzeiten,
 Tanzbelustigungen usw.
 empfehlen sich
zwei perfekte
**Harmonika-
 spieler.**
 Angebote an
 Fränke, Brözingen
 Dietlingerstraße 31.

Stadt Korten.
Elfa Hammer
Artur Hengstberger
 Verlobte
 Calw
 Calw
 Ebingen
 September 1921

Die Geburt einer kräftigen
Tochter
 zeigen erfreut an
Wilhelm Haaf und Frau Hilde,
 Calw, den 2. September 1921.
 geb. Meißner.

Die weltberühmten
Passionsspiele
 Freiburg i. Br.
 Auf der grössten Freilichtbühne der Welt, 200 m
 breit u. 100 m tief. Unter Leitung u. Mitwirkung
 d. berühmten, bayr. Christus-u. Judasdarsteller Gebr.
 Ad. u. Gg. Fassnacht, mit
 Zugrundelegung des alten
 Oberammergauer Urtextes
 Spielstage vom 16. Juli
 ab jeden Mittwoch,
 Samstag u. Sonntag,
 sowie an Feiertagen bis Ende Sept. Anfang 1 1/2
 Uhr, Ende 7 Uhr, 1500 Mitwirk., Chöre, Orchester,
 Orgel, 9000 Plätze.
 Prospekte kostenlos durch die Vorverkaufsstelle: Bernhard Gotthart, Freiburg i. Br.
 Kaiserstrasse 132. — Fernruf 879. — Schulen u. Vereine erhalten Preisermässigung.

Unter die Löwen Afrikas können Sie
 gehen, wenn Sie
Hosen
 tragen von
M. Schloss in Nagold.

Alles raucht
Kalego . . . 30 Pfg.
Dibold Nr. 40 40 Pfg.
2 ganz hervorragende
= Qualitätsmarken =
In allen einschlägig.
Geschäften z. haben

Montag, den 5. September, von
 vormittags 7 Uhr ab, steht
in Calw
im Gasthaus zum „Löwen“
 ein sehr großer Transport
erstklass. schwerer, hochtracht.
Kalbinnen,
erstklass. junge
Rälberkühe,
schöne jg. Milchkühe, trüchtige
Rühe, große jg. Schaffstiere,
2 schöne Oberländ. Zuchtfarren
sowie schönes Jungvieh
 zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
 und Tausch freundlichst einladen
Rubin,
Salomon und Max Löwengart.



Fahrpläne für den Bezirk Calw
 erhältlich das Stück zu 50 ¢
 in der Geschäftsst. ds. Blattes.

Lohnreiche sichere
 Existenz bei Eignung.
 Altbekannte, überall
 bestens eingeführte Firma
 sucht für gangbaren, wert-
 vollen Haushaltungsa-
 rtikel für Stadt und
 Land tüchtige, ruhige,
 kautionsfähige
Beruflichkeit,
Herr oder Fräulein
 als Bezirksvertreter gegen
 hoch. Provisionsvergütung
 die vor allem mit der
 dortigen Gegend bekannt
 ist. Branchenkenntnis nicht
 erforderlich, Einarbeitung
 erfolgt.
 Reflektanten wollen un-
 genauer Darlegung ihrer
 Verhältnisse Angeb. unt.
 „Existenz“ Nr. 204 an
 die Geschäftsstelle dieses
 Blattes einreichen.

Kunstblätter
 gerahmte
 Bilder
Kunstblät. Haus, Pforzheim
 Brief-
 papiero
 Künstler-
 karten
 Beschlig. o. Kantzw.

An- u. Verkauf
 von
**Wohn- u. Renten-
 häuser, landw. An-
 wesen, Fabriken,**
son. Liegenschaften
 aller Art, Be-
 schaffung v. Hypo-
 thekenkapitalien,
 Teilhaber etc.
 vermitteln streng reell,
 schnell u. vorteilhaft der
Immobilien-Kongress
 Gebr. Günswein,
 Komm. Ges. Filiale
 Ulm a. D. Pionierstr. 28
 Tel. 1059, laReferenzen
 — Große Erfolge! —

Nr. 206.
 Gedächtnis
 Eine N
 (S. 3.) Stutt
 trumspartei Grob-
 Deutschland im K
 für den verstorbenen
 haltung war über
 zung der Landeshe
 Gerechtigkeit, Regi
 u. a. waren anwo
 „Rafino“ unter L
 Männerchöre mit
 sprach als Vorfiger
 leitungsstelle und
 tin, die im Zentr
 ganges Leben war
 met Kaplan Sch
 föhlichkeit Grabber
 und was wollte er
 abschnitte des Gr
 Fähigkeit auf seine
 land und Kirche
 ihn zu rastloser A
 Schwabenland in
 Mann der Katholik
 Justizminister
 R a b l i d u n d
 wieser für Gröb
 abgestimmt. Die v
 berger war eine
 Kampf aufnehme
 son, sondern seine
 troffen. Die Bes
 det, sind nur der
 die Tat zu besch
 Wänden den polit
 Resolution sah
 haben. Erzberger
 Die großen Linien
 Wie retten wir da
 dieser Frage hat
 orientierung hat
 Man kann dies da
 mit der Wechten j
 und erfahrensten
 ist wie ein Feuer
 drees als die W
 trifft die Verant
 nistisch. Die Pres
 fe darf nicht zur
 höchste Zeit, daß
 fall.) Ich verur
 Kampf einseitig ge
 allen Seiten geh
 folgt unter der
 Grobes um sie. C
 landsliebe als die
 herabsetzt, bei den
 Selbstverständliche
 den. Die Regieru
 halten. Die Regie
 die bolschewistische
 falscher Propheten
 worden aus dem
 So hat ist unfer
 Welle keine Angst
 Witterungen komm
 Vordergrund gerü
 der äußere Anlaß.
 Einheim, Fron
 protokollosches
 Pringen und Für
 von Leuten, die v
 sagen, daß dieses
 schadet und mit ed
 bewußte Schädigu
 sind ernste Männe
 solange sie das no
 diese Leute nicht a
 trüben, nicht aus
 ten behauptet wer
 für eine Wiederge